



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. April 2002

Gesch. Nr. 005/02

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

[...]

5. Geschäft-Nr. 005/02

Postulat Christian Deuschle, SP, und Ueli Müller, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Bauamt und Baubewilligungsverfahren - Begründung/Überweisung

DISKUSSION IM RAT

Christian Deuschle und Ueli Müller, SP, begründen ihren Vorstoss:

Ratspräsident Christian Deuschle tritt zu diesem Zweck den Vorsitz des Rates an Vizepräsident Heinz Marti ab. Dieser erklärt – vor allem für neue Ratsmitglieder – vorab das Prozedere.

Den ersten eher formellen Teil der Begründung übernimmt Christian Deuschle: Er weist auf die Dringlichkeit des Problems hin, weshalb der Vorstoss nicht auf einen günstigeren Zeitpunkt terminiert werden konnte. Seit der Einreichung des Postulates fand eine Besprechung mit Stadtpräsident und Bauvorstand statt, welche zu einer inhaltlichen Klärung führte: Die Frage, welche die Baubehörde betrifft (die Regelung der Kompetenzdelegation von der Baubehörde ans Bauamt) und nicht vom Stadtrat beantwortet werden könnte, ist gestrichen.

Nach Meinung von Deuschle sind die Vorschriften im Übergangsbereich genauer, weshalb sich die Bewilligungsinstanz nicht mehr nur auf den Ermessensspielraum berufen kann. Im übrigen erklärt er das Legalitäts- und Gleichheitsprinzip, das in der Schweiz gilt. Und auch die „Macht“ der Verwaltung hat sich innerhalb dieser Schranken zu bewegen. Die Praxis der Bewilligungsinstanz missachtet nach Meinung der Postulanten diese Prinzipien und damit schlussendlich sogar den Volkswillen. Doch auch inhaltlich (Dachgestaltung und Einordnung) sind die Vorgaben nicht eingehalten. Ein schönes Ortsbild, das droht zerstört zu werden, ist auch ein Standortvorteil. Seit Jahren höre man kritische Stimmen zum Bauamt, was allein noch nicht alarmierend wäre. Er stelle sich aber doch die Frage, ob Rechtsgleichheit und Kundenorientierung als Maximen gelten. Deuschle hofft, dass der Stadtrat den Vorstoss entgegen- und die nötigen Arbeiten an die Hand nimmt. Zur Illustration werden Bilder präsentiert, welche die Vorschriften zeichnerisch darstellen. Präsentiert werden ferner Fotos aktueller Überbauungen mit Gegenüberstellung der massgebenden Vorschriften.

Ueli Müller als Mitunterzeichner relativiert die Vorwürfe an das Bauamt. Seine Sorge gilt dem Ortsbild im Oberdorf von Unter-Illnau. Bestehende Bauten „verschwinden“ in den Neuüberbauungen. Auch Anwohner erwarten eine politische Demarche. Auch die starke und schnelle Veränderung ist natürlich Schuld an der Verunsicherung. Es stellt sich somit die Frage: Was ist ortsbildgerecht? Wie wird der Ermessensspielraum definiert und angewendet? Es besteht aber keine Aufsicht des Stadtrates über die Baubehörde. Die Fragestellung müsse sich deshalb aus formellen Gründen auf das Bauamt beschränken. Doch auch das Bauamt habe eine Verantwortung und könne sich nicht hinter der Baubehörde „verstecken“. Die Situation im Oberdorf sei umso bedauerlicher, als verschiedene Eigentümer ihre Objekte sehr liebevoll saniert und umgebaut haben. Solche verschwinden nun in der Masse von „schlechten“ Bauten. Natürlich gehe es um eine Güterabwägung zwischen Ökonomie und Ortsbild. Der Gerechtigkeit halber sei darauf hinzuweisen, dass auch gute Überbauungen realisiert worden seien (z.B. Tannacher, Effretikon). Ferner seien bezüglich Oberdorf auch politische Fehler gemacht worden, weil man bei der Revision der Ortsplanung keine



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. April 2002

Gestaltungsplanpflicht definiert habe. Müller ersucht ebenfalls um Überweisung des Vorstosses, um Licht in die Situation zu bringen.

Kurt Balmer, FDP, als weiterer Mitunterzeichner des dringlichen Postulates gibt bekannt, dass er nicht Baufachmann ist. Er habe das Oberdorf als Übergangsbereich zu der Baumusterzentrale der Einfamilienhäuser in Gutenswil empfunden. Die Postulanten wollen auf eine faire und fachlich einwandfrei Art die Verhältnisse klären. Das Ziel sei es nicht, das Bauen zu verteuern oder am Bau Beteiligte zu schikanieren. Es sei auch eine Chance für den neuen Bauvorstand, klar Position zu beziehen. Nicht die Lösung könne mehr Personal im Bauamt sein!

André Büecheler spricht im Namen der SVP-Fraktion und beantragt Ablehnung des Dringlichen Postulates. Er erkennt vor allem Emotionen, die durch Neubauten in einem Quartier ausgelöst werden. Das werde auch durch den grossen Publikumsaufmarsch auf der Tribüne bestätigt. Es stehen genügend Rechtsmittel in jedem Verfahren zur Verfügung, so dass auf den parlamentarischen Weg verzichtet werden könne. Im Grossen Gemeinderat könnten Einzelfragen nicht behandelt werden. Er wolle den Stadtrat nicht auditieren.

Stadtrat Reinhard Fürst erklärt, dass der Stadtrat das Postulat in der alten Besetzung und mit dem ursprünglichen Text nicht entgegennehmen wollte. In neuer Zusammensetzung und nach Korrektur sei er bereit, dieses entgegenzunehmen. Er persönlich sei bereit, die Arbeit von Bauamt und Baubehörde transparent zu machen.

Als Ordnungsentscheid beschliesst der Rat mehrheitlich, auf Diskussion zu verzichten.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

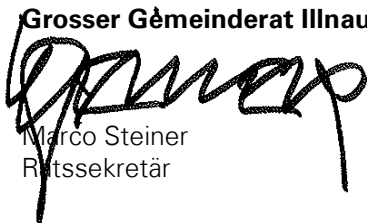
BESCHLIESST

1. Das Postulat von den Gemeinderäten Christian Deuschle, SP, und Ueli Müller, SP, und Mitunterzeichnenden, betreffend Bauamt und Baubewilligungsverfahren wird dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Beschluss erfolgte mit 25 : 11 Stimmen.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär